



SGK-Vorsitzende soll hessische Finanzministerin werden

Thorsten Schäfer-Gümbel beruft für Finanzen Landrätin Kirsten Fründt in sein Regierungsteam

Autor SPD Landesverband Hessen



Thorsten Schäfer-Gümbel nominiert Kirsten Fründt für den Bereich Finanzen im Regierungsteam der hessischen SPD. Foto: SPD-Landesverband Hessen

Der Vorsitzende der Hessen-SPD und Spitzenkandidat seiner Partei zur Landtagswahl am 28. Oktober Thorsten Schäfer-Gümbel hat ein weiteres Mitglied seines Regierungsteams vorgestellt: Kirsten Fründt, die Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf, soll für den Bereich Finanzen zuständig sein.

Schäfer-Gümbel sagte bei der Vorstellung in Wiesbaden: „Ich freue mich außerordentlich, dass ich mit der SGK-Landesvorsitzenden und Landrätin Kirsten Fründt eine versierte Fachfrau für den Finanzbereich für mein Regierungsteam gewinnen konnte. Sie kennt aus ihrer Funktion als Landrätin und Kämmerin des Landkreises Marburg-Biedenkopf nicht nur die Bedürfnisse der kommunalen Familie

in Hessen, sondern ist darüber hinaus äußerst erfolgreich in der Konsolidierung der Finanzen. Der Kreis konnte 2013 bis 2015 nicht nur ausgeglichene Haushalte vorlegen, sondern insgesamt einen Überschuss von rund 40 Millionen Euro erwirtschaften. Nicht umsonst ist auch der amtierende Finanzminister Schäfer voll des Lobes für Kirsten Fründt. Herr Schäfer hat am 30. Januar 2017 gesagt: „Herzlichen Glückwunsch! Sie haben geschafft, was viele anfangs nicht für möglich hielten: Sie haben Ihre Haushalte in Rekordgeschwindigkeit nachhaltig konsolidiert und können somit heute gemeinsam in Bestzeit über die Ziellinie laufen. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Stadt Kassel können den kommunalen Schutzschirm des Landes verlas-

sen: gestärkt, konsolidiert und fit für die Zukunft! Anders gesagt: Kirsten Fründt ist bereit, nach den Finanzen ihres Landkreises auch die Finanzen des Landes Hessen verantwortungsvoll zu gestalten. Und das bedeutet für uns Sozialdemokraten, dass wir die dringend benötigten Zukunftsinvestitionen in die Bildung, in Schienen und Straßen sowie in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum endlich angehen – und zugleich die verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse einhalten. Denn gestaltende Finanzpolitik ist mehr als stumpfes Sparen. Aber das zu verstehen, ist der CDU schon immer schwer gefallen.“

Kirsten Fründt selbst kündigte an, zunächst den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) auf eine neue Grund-

Inhalt

„Auf dem Weg ins Rathaus“

Datenschutzgrundverordnung

Der Refugees Day im Landkreis Kassel

Kommunalpolitik auf Augenhöhe

Für ein Hessen von morgen

lage zu stellen. „Die gesellschaftliche Teilhabe findet hauptsächlich in den Kommunen statt. Dort entscheidet sich, ob jemand zufrieden ist oder unter den Verhältnissen leidet. Deswegen muss das Land die Kommunen finanziell wieder in die Lage versetzen, nicht nur das Allernötigste zu erledigen, sondern das Gemeinwesen zusammenzuhalten. Das hat die bisherige Landesregierung leider vernachlässigt. Nach 19 Jahren CDU sind die Kommunen Bittsteller und nicht gleichberechtigte Partner des Landes. Das müssen wir dringend ändern, denn ohne starke Städte, Gemeinden und Kreise ist das ganze Land schwach“, sagte Fründt.

Gestärkt werden müssten insgesamt die Investitionen des Landes,

das seine Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß fahre. „Man kann ein Land auch kaputtsparen – und an manchen Stellen ist Hessen kurz davor, genau das zu tun. Die Zukunft gestalten wir aber nicht mit Haushaltsüberschüssen auf dem Papier, sondern mit gezielten, nachhaltigen Investitionen. Genau das werden wir nach der Wahl tun: Dort investieren, wo das Hessen von morgen entschieden wird. Also in bezahlbare Wohnungen, in bessere Straßen und Schienen, in die Bildung unserer Kinder. Das unterscheidet die zukunftsorientierte Finanzpolitik der SPD von dem, was die CDU dem Land seit 19 Jahren zumutet“, sagte Kirsten Fründt.

Zugleich werde sie für mehr Transparenz im Landeshaushalt sorgen, so Fründt: „Mein Ziel ist, dass der Staat sehr genau erklärt, wofür er Geld ausgibt und warum. Deswegen finde ich, dass man nicht Teile des Haushalts in Sondervermögen, Stiftungen und anderen Nebenhaushalten parken sollte. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, die ein Markenzeichen unserer neuen Finanzpolitik werden soll.“

(Aus der Pressemitteilung des SPD Landesverbands Hessen)

„Wir freuen uns sehr, dass Thorsten Schäfer-Gümbel als weiteres Mitglied seines Regierungsteams unsere Vorsitzende Kirsten Fründt, Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf, vorgestellt hat.“

Kirsten Fründt soll für den Bereich Finanzen zuständig sein. Dies ist ein Signal an die Kommunen, dass sich die SPD in Zukunft für eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen einsetzen wird. Die Nominierung ist eine große Ehre und Wertschätzung der SGK.

In diesem Sinne – auf in den Wahlkampf!“

Michael Siebel,
Geschäftsführer der
SGK Hessen e.V.

„Auf dem Weg ins Rathaus“

Eine Seminarreihe der AfK Hessen

Autor Frank Matiaske, Landrat Odenwaldkreis und stellv. Vorsitzender der SGK Hessen e.V.

Bis zum Beginn der 1990er Jahre wählten in Hessen die Stadtverordnetenversammlungen bzw. Gemeindevertretungen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Durch eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung wurde 1992 die Direktwahl eingeführt. Seitdem entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Besetzung des Rathaussessels. Gleiches gilt für die Landrätinnen und Landräte.

Bis zur Änderung dieses Wahlrechts stellten regelmäßig die großen Parteien und Wählergruppierungen die Amtsinhaber, teilweise durch gefestigte Mehrheitsverhältnisse über Jahrzehnte.

Seit der Einführung der Direktwahl hat sich dies grundlegend geändert: In großer Zahl werden „echte“ unabhängige Bewerber gewählt, d.h. solche, die keine kommunalpolitische Heimat in den Parteien oder Wählervereinigungen haben. Regelmäßig führen die Direktwahlen auch dazu, dass die Bürgermeisterwahl den politischen Mehrheitsverhältnissen in der Kommune zuwiderläuft. Hinzu kommt, dass örtliche Parteien, auch die SPD, in den letzten Jahren teilweise nicht mehr in der Lage sind, Kandidatinnen und Kandidaten aus

den eigenen Reihen aufzustellen. Immer häufiger wenden sich deshalb Ortsvereine an die SGK und fragen nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern aus dem dortigen Stellenpool, der allerdings auch nicht immer Abhilfe schaffen kann.

Die Tendenz, dass Wählerinnen und Wähler parteiunabhängigen Bewerberinnen und Bewerbern den Vorzug vor Parteikandidaten geben, verschärft die Situation zusätzlich: selbst langjährige Genossinnen und Genossen kandidieren immer häufiger ohne Parteiunterstützung als freie Kandidaten.

Mit ihrer Seminarreihe „Auf dem Weg ins Rathaus“ versucht die Akademie für Kommunalpolitik (AfK) in Hessen geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten frühzeitig die Werkzeuge zu vermitteln, die für eine erfolgreiche Wahl erforderlich sind.

Unter der Leitung von Michael Siebel, Landtagsabgeordneter und Geschäftsführer der SGK und AfK Hessen, und Frank Matiaske, Landrat des Odenwaldkreises, unterstützen erfahrene Trainerinnen und Trainer mit sehr viel Praxisbezug die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei, sich eine Strategie zu erarbeiten und

einen „roten Faden“ für Programmatik und Auftritt zu entwickeln. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass bei Direktwahlen keine Parteiprogramme, sondern „rein“ die Personen gewählt werden. Neben den Sympathiewerten, die die Kandidatinnen und Kandidaten benötigen, ist es für einen erfolgreichen Wahlkampf elementar die Themen zu besetzen, die

Statements der Teilnehmer:

„Vielen Dank für die Organisation des ersten Moduls der Reihe „Auf dem Weg ins Rathaus“! Frank ist ein hervorragender Referent und das ganze Drumherum war, wie geschrieben, sehr gut organisiert.“

Carsten Nickel

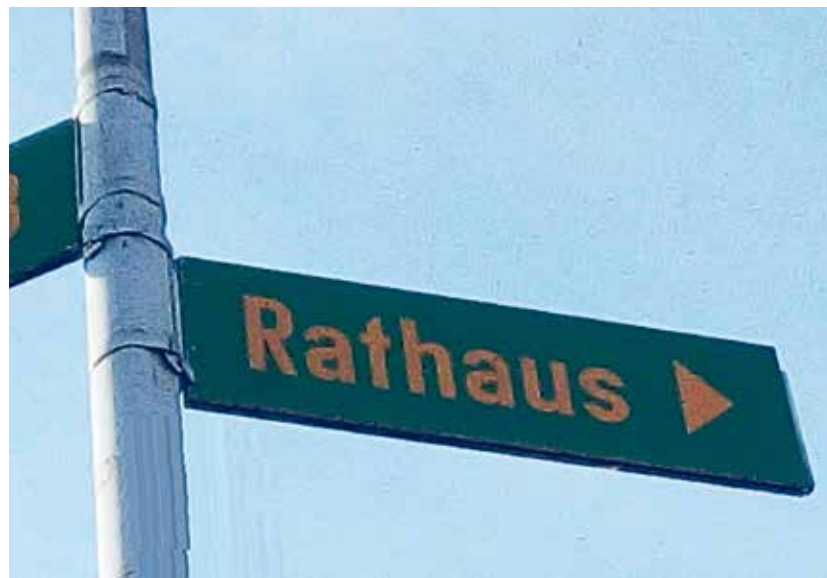
„Nachdem ich am vergangenen Samstag das 1. Modul der Seminarreihe „Auf dem Weg ins Rathaus“ besuchen durfte, bin ich ziemlich begeistert von der Souveränität, der Geduld und Kompetenz des Dozenten Frank Matiaske.“

Dirk Daniel Zucht

den Wählerinnen und Wählern wichtig sind.

Doch was so einfach klingt, ist oft alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Zu sehr sind gerade langjährige Kommunalpolitikerinnen und -politiker in den Themen gefangen, die in den Gemeindevertretungen diskutiert werden. Doch das sind oft „Insiderthemen“.

Hinzu kommt, dass „ZDF“ – Zahlen, Daten, Fakten – von den kommunalpolitischen Profis meist hinlänglich beherrscht werden – aber bei den Wählerinnen und Wählern kommt dieses



Den Weg ins Rathaus unterstützt die AfK Hessen

Foto: privat

Lesen Sie weiter auf Seite IV



Der kommunale Wohnungsbau in Wien ist vorbildlich und sorgt für bezahlbare Mieten. Thorsten Schäfer-Gümbel und Nancy Faeser haben sich in der österreichischen Hauptstadt informiert, welche Ideen auf Hessen übertragbar sind.
Foto: Astrid Knie

Endlich Mieten stoppen

Hessen braucht eine Mietenwende – das hat Thorsten Schäfer-Gümbel in der Landtagsdebatte zur Wohnungspolitik gefordert

„Deshalb wollen wir einen Mietenstopp für fünf Jahre in Bereichen mit angespannter Wohnungslage. Wir brauchen diese Auszeit für Mieterinnen und Mieter angesichts dramatisch steigender Mieten. In dieser Zeit müssen wir bauen, bauen und nochmal bauen. Wir brauchen

eine echte Wohnungsbauoffensive, damit bezahlbarer Wohnraum für alle entsteht. Mein Ziel ist, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben muss“, sagte Schäfer-Gümbel.

Er warf Schwarz-Grün ein

Scheitern bei der Wohnungspolitik vor. Die Mieten seien explodiert, die Anzahl der Sozialwohnungen habe sich in 19 Jahren CDU-Verantwortung halbiert und im vergangenen Jahr seien weniger als 1.000 geförderte Wohnungen entstanden. Nicht einmal die rechtssichere Umset-

zung der Mietpreisbremse sei gelungen.

Die Wohnungspolitik sei die wichtigste soziale Frage. Deshalb stehe die SPD für den Bau von 30.000 geförderten Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.

Pflege im Stich gelassen

Die Beschäftigten in den hessischen Krankenhäusern und die Patientinnen und Patienten werden von der schwarz-grünen Landesregierung im Stich gelassen.

„Es muss endlich eine be-

darfsgerechte Versorgung sichergestellt werden, dazu gehören auch Personalmindeststandards in der Pflege“, forderte Dr. Daniela Sommer in der letzten Beratung des Krankenhausgesetzes.

„Die schwarz-grüne Landesregierung sieht keine Personalmindeststandards im Gesetz vor, sondern wartet auf den Bund. Wie lange sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege noch warten? Bereits im Jahr 2003 haben Studien den Pflegenotstand beschrieben.“ Es sei nicht zu verstehen, dass die Landesregierung die Entwicklung beim Pflegepersonal verschlafen habe.



Dr. Daniela Sommer

Foto: Angelika Aschenbach

Schwarz-Grün weiter für Ausbaubeiträge

Die schwarz-grüne Koalition will, dass Kommunen weiterhin Straßenausbaubeiträge erheben können. Erneut hat die Regierungsmehrheit einen Vorschlag der SPD-Fraktion niedergestimmt, mit dem die Straßenausbaubeiträge verbindlich abgeschafft werden sollten. Erneut blockierten CDU und Grüne das übliche parlamentarische Verfahren.

Günter Rudolph bekräftigte, dass die SPD die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach der Landtagswahl in Regierungsverantwortung umsetzen wolle.

Der SPD-Vorschlag sieht vor, dass keine Kommune mehr



Günter Rudolph

Foto: Peter Jülich

Ausbaubeiträge erhebt. Die möglichen Einnahmeausfälle sollen mit Hilfe einer Investitionspauschale in Höhe von 60 Millionen Euro ausgeglichen werden.

Weiter von Seite II

Wissen nicht an. Emotionale Themen, Geschichten aus dem Leben und eigene Betroffenheit sind die Elemente, die haften bleiben und maßgeblich darüber entscheiden, wem das „Kreuzchen“ in der Wahlkabine gilt.

Diese Themen und Übungen durchziehen die Seminarreihe. Außer den „Tipps“ der Trainerinnen und Trainer ist dabei das Feedback der übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein wichtiger Spiegel für die Person selbst.

Die Module der Seminarreihe zeigen anschaulich die verschiedenen Wahlkampfphasen auf, beginnend bei der Nominierung im Ortsverein, dem sich Bekanntmachen bei der Bevölkerung in der Vorwahlphase,

der „heißen“ Wahlkampfphase, der Zeit einer eventuellen Stichwahl bis hin zu der Frage, was nach der Wahl passiert. Letzteres klammert auch nicht die Möglichkeit eines Scheiterns aus. Ein verlorener Wahlkampf ist nur dann endgültig verloren, wenn die Kandidatin oder der Kandidat nicht selbstkritisch mit dem Wahlergebnis umgehen und das im Wahlkampf erworbene „Know-how“ nicht dazu nutzen, es in sechs Jahren in der gleichen Kommune oder in einer anderen Kommune besser zu machen. Dafür gibt es viele leuchtende Beispiele, denen ein Erfolg im zweiten Anlauf gelang.

Dass ein erfolgreicher Wahlkampf von einem „roten Faden“ durchzogen wird, ist selbstredend. Die

Wahlkampfthemen werden auf allen zur Verfügung stehenden Kanälen bekannt gemacht. Dazu lernen die Kandidatinnen und Kandidaten viele Möglichkeiten kennen, traditionelle, aber auch moderne und unkonventionelle. Ein großes und wichtiges Thema, dem ein eigener Seminartag gewidmet ist, ist der Bereich der „Sozialen Medien“ im Internet. Interessant ist aber auch, wie gut bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine professionelle Stilberatung ankommt. „Kleider machen eben Leute“, insbesondere im Bürgermeisterwahlkampf. Das Kennenlernen von verschiedenen Möglichkeiten, wie sich Kommunen auf moderne Art und Weise wirtschaftlich betätigen können, wodurch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch individuelle Ideen für die eigene Gemeinde ent-

wickeln können, rundet das Seminarprogramm ab.

Einen großen Mehrwert bietet das Seminar durch die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Zeitdauer der Module, aber auch darüber hinaus. Viele wichtige und wertvolle Tipps und Einschätzungen werden so ausgetauscht und man profitiert gegenseitig von den Erfahrungen, die die anderen bei Nominierungen oder im Wahlkampf machen. Zu guter Letzt kommt natürlich auch der Spaß in der Gruppe bei den Modulen nicht zu kurz. Derzeit läuft die aktuelle Staffel der Seminarreihe, wobei alle Module auch einzeln gebucht werden können. Im Frühjahr 2019 wird die neue Staffel stattfinden.

Datenschutzgrundverordnung

Wissenswertes für die Kommunen in Hessen

Autor Dr. David Rauber; Hessischer Städte- und Gemeindebund

Das Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) am 25. Mai 2018 schlug hohe Wellen und hat viel Aufmerksamkeit erfahren. Der Hessische Datenschutzbeauftragte warnte noch vor Inkrafttreten der Neuregelung vor der Inanspruchnahme kostenträchtiger Beratungsleistungen – „Datenschutzbeauftragter warnt vor Datenschutzberatern“, brachte es die Hessenschau auf den Punkt.

Wie alle Rechtsänderungen bringt auch die DSGVO Handlungsbedarf für die gesetzgebende Verwaltung. Für die öffentliche Verwaltung in Hessen ist der Datenschutz allerdings alles andere als ein neues Thema. Das Land war im Jahr 1970 das weltweit erste, das als Reaktion auf absehbare Gefährdungen individueller Freiheiten durch die im Vordringen befindliche elektronische Datenverarbeitung ein Datenschutzgesetz erließ. Datenschutzbeauftragte, Dokumentation von Datenverarbeitungsprozessen, Beschränkung von Erhebung und Verarbeitung, Auskunft- und Lösungsansprüche



David Rauber gibt praktische Tipps zum Datenschutz. Quelle: privat

– gesetzliche Vorgaben zu solchen Dingen begleiten die Tätigkeit der Verwaltungen in Hessen seit nunmehr fast 50 Jahren.

Die DSGVO gilt als Verordnung in den EU-Mitgliedsstaaten unmittelbar. Anders als eine EU-Richtlinie ist grundsätzlich ein nationales Umsetzungsgesetz nicht erforderlich.

Allerdings enthält die DSGVO doch eine Vielzahl von Öffnungsklauseln. Daher ließ sich der Handlungsbedarf für die Umsetzung der DSGVO in Hessen erst dann genauer absehen, als das entsprechende Landesgesetz, das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG), wenigstens im Entwurf vorlag. Abgeschlossen war das Gesetzgebungsverfahren für das HDSIG erst im Mai 2018.

In der kommunalen Praxis führte das ab 25. Mai geltende neue Datenschutzrecht kurzfristig zur Notwendigkeit, die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten auch dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (HDBI) zu melden und dabei auch eine Vertretungsregelung zu treffen. Wegen der vielfältigen Gesichtspunkte, unter denen Datenschutz in den kommunalen Verwaltungen zu berücksichtigen ist, zeichnet sich aktuell ab, dass in diesem Bereich verstärkt die Zusammenarbeit gesucht wird. Ein Grund dafür ist die – allerdings auch nicht neue – Vorgabe, dass ein

Datenschutzbeauftragter bei seiner Tätigkeit nicht in Interessenkonflikte mit anderen Tätigkeiten kommen darf, die er ausführt.

Konkret kann die Zusammenarbeit so aussehen, dass mehrere Städte und Gemeinden einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten bestellen und die Vertretungsregelung jeweils vor Ort treffen. Auf diese Weise hat der Datenschutzbeauftragte in Gestalt der Vertreter Ansprechpartner in der jeweiligen Verwaltung. Das ist sinnvoll, weil auf diese Weise Reibungsverluste aufgrund der unterschiedlichen Organisation der Verwaltungen vermieden werden. Bürgermeister zum Beispiel sind die datenschutzrechtlich verantwortliche Person und können deshalb nicht gleichzeitig Datenschutzbeauftragter sein.

Skeptisch wird in der Praxis die Möglichkeit betrachtet, die Wahrnehmung der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten extern zu vergeben. Wenig spricht dafür, private Dritte ohne Verwaltungserfahrung mit dieser Dienstleistung zu

betrauen. Zwar gibt es willige private Anbieter. Allerdings war der öffentliche Bereich in Sachen Datenschutz über viele Jahre in der Vorreiterrolle. Fehlende Kenntnis von rechtlichen Grundlagen und Verwaltungsprozessen machen da den Einkauf von Leistungen Privater womöglich zu einem schlechten Geschäft für die Kommunen. Hier kam dann auch die Warnung des Hessischen Datenschutzbeauftragten vor Datenschutzberatern zur Geltung. Denn natürlich ist die Anwendung vieler Bestimmungen der DSGVO in vielen Details noch unklar. Allerdings ist Datenschutz für Kommunen eben kein Neuland.

Das HDSIG enthält eine Generalklausel zur Zulässigkeit von Datenverarbeitungen, die in vielen Fällen eine rechtliche Grundlage für die Daten-

verarbeitung in den Verwaltungen schafft. Soweit gesetzliche Sonderregelungen bestehen, gehen diese den allgemeinen Bestimmungen vor. Besondere satzungrechtliche Regelungen zum Datenschutz sind angesichts der dichten gesetzlichen Vorgaben meist nicht nötig.

Im Gegenteil: Der Schutz personenbezogener Daten ist seit Langem ein Thema. Beispielsweise ist ein Ausschluss der Öffentlichkeit bei Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zulässig, wenn sensible personenbezogene Daten wie beispielsweise steuerliche Verhältnisse im Zusammenhang mit einem Steuererlass beraten werden. Personenbezogene Daten beispielsweise von Grundstückserwerbern gehören auch nicht in öffentlich zugängliche Teile von Ratsinformationssystemen.

Etwas anderes lässt sich für die Mitglieder der Gremien begründen. Sie sind in Ausübung ihres öffentlichen Amtes tätig.

Ein weiterer Beratungsschwerpunkt ist für den Hessischen Städte- und Gemeindebund die Gestaltung von Internetpräsenzen. Zwar ist zweifelhaft, ob das unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbsrechts bemerkbare Abmahnwesen Kommunen ernsthaft bedroht. Der Städte- und Gemeindebund hat deshalb empfohlen, Websites DSGVO-konform zu gestalten.

Eine praktisch bedeutende Frage war auch, ob Mandatsträger weiterhin Auskünfte zu Alters- und Ehejubiläen erhalten dürfen. Laut Bundesinnenministerium ja, soweit das 2015 in Kraft getretene Bundes-

meldegesetz das vorsieht. Sicherlich ist das keine Frage von Leben und Tod. Allerdings wird berichtet, dass die Einschränkung der Auskünfte zu Alters- und Ehejubiläen durch das Bundesmeldegesetz für verständnislose Nachfragen aus der Bürgerschaft sorgte.

Mit dem HDSIG sind auch Regelungen zur Informationsfreiheit geschaffen worden, die die Kommunen durch Satzung ganz oder teilweise übernehmen können. Ob sich das empfiehlt? – Die Auskunftsansprüche nach Datenschutz- und Meldegesetz sind bisher, so die Rückmeldung aus vielen Kommunen, oft das Betätigungsfeld der ortsbekannteren Querulanten und Wutbürger. Eine zusätzliche Spielwiese für diese Gruppe muss eine Kommune nicht ohne Not eröffnen.

Der Refugees Day im Landkreis Kassel

Wir bringen Arbeitgeber und Geflüchtete zusammen

Autor Harald Kühlbor, Landkreis Kassel, Öffentlichkeitsarbeit/Kultur/Internationale Kooperationen

Als die Zahl der den Gebietskörperschaften zugewiesenen geflüchteten Menschen im Jahr 2015 sprunghaft anstieg, hat sich der Landkreis Kassel bereits frühzeitig Gedanken darüber gemacht, welche Möglichkeiten der Integration sich als Handlungsfelder anbieten. Neben dem Thema „Sport“ spielte dabei von Anfang an die Integration in Arbeit eine zentrale Rolle. „Ich bin meiner Vorgängerin Susanne Selbert sehr dankbar, dass sie bereits im August 2015 entschieden hat, einen Mitarbeiter des Landkreises mit der Funktion eines Integrationsmanagers zu betrauen“, berichtet Vizelandrat Andreas Siebert über die Entstehung der Integrationsinitiative des Kreises Kassel. Aufgabe des Integrationsmanagers – mittlerweile sind zwei Mitarbeiter in dieser Funktion tätig – war und ist es, Arbeitgeber und Geflüchtete zusammenzubringen. Siebert: „Wir haben hier die Initiative übernommen, um frühzeitig ein Signal zu setzen, dass wir Integration wollen und auch aktiv fördern“. Eines der ersten Projekte des Integrationsmanagers



Praktikanten bei der Renovierung eines ehemaligen Gasthofs (König von Preußen) in Helsa

Quelle: Harald Kühlborn, LK Kassel

Bijan Otmischi war die Erfindung des Refugees Days. „Die Grundidee war ganz einfach: Was bei den bekannten Boys und Girls Days funktioniert, könnte ja auch bei Geflüchteten klappen“, so Siebert weiter. Der Flüchtlings-Zukunftstag – wie man den Refugees Day auf Deutsch

übersetzen kann – bietet Geflüchteten die Möglichkeit, einen Tag lang in einer regionalen Firma am Arbeitsleben teilzuhaben. Siebert: „Für alle – Geflüchtete, Arbeitgeber und Mitarbeiter – ist das persönliche Kennenlernen und der direkte Austausch ein Gewinn.“

Einen Refugees Day vorzubereiten, ist nicht ganz einfach: „Um erfolgreich zu sein, benötigt man ein regionales Netzwerk – bei uns im Landkreis machen viele ehrenamtliche Unterstützer, die Handwerkskammer Kassel, die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg, das Bildungswerk

der nordhessischen Wirtschaft VSB, Lehrerinnen und Lehrer und die Leiterinnen und Leiter unserer Gemeinschaftsunterkünfte mit“, informiert der Vizelandrat.

Um die richtigen Geflüchteten zu finden, benötigt man eine Reihe von Informationen. „Wir brauchen so etwas wie einen kleinen Lebenslauf mit persönlichen Daten, einen Überblick zum Schulbesuch und den erlernten Beruf und welche Berufserfahrung vorhanden ist“, zählt Integrationsmanager Otmischi auf. Wichtig seien auch besondere Fähigkeiten, die der Geflüchtete vorweisen kann und das Wissen darüber, wo er oder sie gern arbeiten möchte.

Zusammen mit den Kooperationspartnern werden dann geeignete Arbeitsstellen ermittelt. Danach erfolgt die Zuordnung von Geflüchteten zu potenziellen Arbeitsmöglichkeiten. Otmischi: „Danach ist intensives Telefonieren und Mailen angesagt – die Akquise bei den passenden Arbeitgebern“. Mittlerweile hat der Landkreis sechs Refugees Days organisiert und „wir stellen fest, dass viele Firmen gern und begeistert mit dabei sind“, betont Otmischi.

„Wir machen es den Unternehmen leicht, indem wir fertige Praktikumsverträge erarbeitet haben“, ergänzt Vizelandrat Siebert. Mit dem Refugees Day soll ein nachhaltiger Schritt in die deutsche Arbeitswelt gelingen. Siebert: „Wir wollen Geflüchtete in einen festen Arbeitsplatz oder eine Ausbildung bringen“.

Zum Ausbildungsbeginn 2018 konnten rund 70 Geflüchtete aus dem



Andreas Siebert, Vizelandrat Landkreis Kassel
Foto: Gemeinde Niestetal



Der Auszubildende Mero Abdel Aziz mit Maik Schneider von der Tischlerei Schlaf (Oberweser)

Quelle: Harald Kühlborn, LK Kassel

Landkreis Kassel eine Ausbildung beginnen – fast immer war der Refugees Day der erste Kontakt zwischen Betrieb und Geflüchteten.

Die Zusammenarbeit zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt auf regionaler Ebene ist vorteilhaft für Unternehmen, die Interesse an der Beschäftigung von Geflüchteten haben, wie auch für die Geflüchteten selbst. „Wir können flexibel und ohne bürokratischen Aufwand auf die Bedarfe von Unternehmen reagieren“, betont Siebert.

Ein Beispiel, wo dies sehr gut gelungen ist, ist das Unternehmen Energie Glas GmbH in Wolfhagen-Gasterfeld. Der Unternehmensstandort befindet sich auf einem früheren Kasernengelände in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete. Schon aus diesem Grunde lag die Beschäftigung mit dem Thema Arbeitsintegration nahe. Hans Franke, Geschäftsführer der Energy Glas GmbH, nahm die Herausforderung zusammen mit seinen Kollegen an: „Wir handeln dabei aus sozialer Verantwortung und aus pragmatischen Gründen. Denn auf dem Land ist es schwer, Mitarbeiter zu gewinnen.“

Inzwischen arbeiten sechs Afghanen, ein Eritreer und ein Somalier bei dem Spezialisten für Isolierglas, fast alle als angelernte Produktionsmitarbeiter, einer als Praktikant. Knapp die Hälfte habe unbefristete Arbeitsverträge. „Sie bekommen den gleichen Lohn

wie andere“, sagt Hans Franke. Die Flüchtlinge seien motiviert und hätten überzeugt.

Starthilfe leistete auch der Landkreis Kassel als Koordinator des europäischen Projekt „REST“. Es steht Arbeitgebern zur Seite, die bereits Flüchtlinge beschäftigen oder dies beabsichtigen.

Mit Hilfe von „REST“ können speziell auf die Bedürfnisse der jeweiligen Arbeitgeber zugeschnittene Unterstützungsangebote (rechtliche Fragen für die Beschäftigung, Lösung von Sprachproblemen, besondere Anforderungen aufgrund unterschiedlicher kultureller Erfahrungen) realisiert werden.

Die Bedenken anderer Unternehmen, Flüchtlinge einzustellen, kennt Hans Franke, aber er teilt sie nach den positiven Erfahrungen mit den neuen Kollegen nicht. Nur der Aufenthaltsstatus könne zum Problem werden, denn lediglich zwei Asylbewerber seien anerkannt, beim Rest liefen die Verfahren. Müsst die Flüchtlinge ausreisen, wäre das ein Rückschlag für die Firma. Der ganze Aufwand für die Einarbeitung der neuen Kollegen wäre vergebens gewesen.

Für den Unternehmer ist klar, was passieren muss: „Es braucht eine schnellere Entscheidung über Asylanträge, juristische Klarheit für die Arbeitgeber und eine bessere Qualifizierung – weil der Mittelstand die größte Chance auf Integration ist.“

Ziel für die Kreisverwaltung ist es weiterhin, möglichst viele der aktuell rund 4.300 im Landkreis Kassel lebenden Geflüchteten in Beschäftigung und Ausbildung zu bringen.

„Sicherlich können wir damit nicht alle Probleme des Arbeitsmarktes in unserer Region lösen – aber gerade in der Logistik, im Handwerk, in der Gastronomie und in der Bauwirtschaft spielt die Beschäftigung von Geflüchteten eine immer wichtigere Rolle“, berichtet der Vizelandrat. Bisher sei es gelungen, für über 400 Geflüchtete eine Beschäftigung zu finden. Siebert: „Das zeigt auch, dass unsere heimische Wirtschaft mit uns hier an einem Strang in die gleiche Richtung zieht – wir machen damit auch aktiv Wirtschaftsförderung“.

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion zum Thema Einwanderungsgesetz und Stichtagsregelung oder Spurwechsel für Geflüchtete ohne Asylstatus hat Siebert klare Vorstellungen: „Es ist niemandem zu vermitteln, dass wir Menschen, die bei uns arbeiten und alles dafür tun sich zu integrieren, abschieben – hier muss eine praktikable Lösung her, die den Unternehmen und Ausbildungsbetrieben und den integrationswilligen Geflüchteten hilft“. Solche Entscheidungen allein nach Aktenlage zu treffen, sei auf jeden Fall falsch.

Weitere Informationen und positive Integrationsbeispiele bietet die Internetseite www.refugees-day.de

Kommunalpolitik auf Augenhöhe

SPD-Politikerinnen und -politiker wollen nach Regierungsübernahme Verhältnis zu den Kommunen verbessern

„Das Ober-Unter-Verhältnis zwischen Landesregierung und Kommunen muss sich ändern und wird sich ändern, wenn die SPD regiert“.

Überraschend eröffnete die Generalsekretärin der Hessischen SPD mit diesen Worten ihr Statement bei der Veranstaltung „Kommunalpolitische Schwerpunkte für die Landtagswahl“ in Wetzlar. Und sie legte nach: „Wenn eine Landesregierung etwas will, muss sie auch das Geld mitbringen.“

Aber es geht nicht nur um Fragen des Umgangs, sondern auch um Themen. Nancy Faeser erläuterte die Initiative der SPD-Fraktion für kostenfreie Kitas. Die SPD will 2/3 der Personalkosten übernehmen und dies nicht aus kommunalen Mitteln finanzieren, sondern aus Landesmitteln. Wie die Kommunen das Geld verwenden, obliegt der kommunalen Selbstverwaltung. Das kann für die Verbesserung der Qualität oder die bessere Bezahlung der Erzieherinnen sein. Dem Vorwurf, dass damit auch reiche Eltern unterstützt würden, entgegnete die SPD-Politikerin, dass Gebühren nicht das Steuerungsinstrument zwischen Arm und Reich seien. „Das sind die Steuern“.

Straßenbeiträge abschaffen

Die Abschaffung der Straßenbeiträge stieß bei allen Beteiligten auf große Unterstützung. Der Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes Harald Semler begrüßte dies auch, zweifelte aber an, ob die in Aussicht gestellten 60 Millionen Euro ausreichen würden. „Aber Straßenbeiträge

abschaffen, heißt auch, dass Verwaltungsaufwand eingespart wird“. Semmler brachte darüber hinaus seine Kritik an der sogenannten „Einwohnerveredelung“ vor. Historisch bekommen die Städte mehr Geld, weil die Hygiene (also das Kanalsystem) hergestellt werden musste. Heute sei diese Form der finanziellen Bevorzugung der Städte überkommen.

Wohnungsbau ganzheitlich vorantreiben

Harald Semler arbeitete auch heraus, dass natürlich die Förderung des Wohnungsbaus Priorität haben müsse. „Aber der Wohnungsbau muss neu ausgerichtet werden. Zurzeit sind alle Förderprogramme auf die Städte ausgerichtet. Wir brauchen eine ganzheitliche Sicht des Landes im Hinblick auf den Wohnungsbau“. Die SGK Landesvorsitzende Kirsten Fründt machte deutlich, dass der ländliche Raum nicht als „Ausweichraum“ der überforderten Städte begriffen werden darf. „Intelligente Mobilitätskonzepte müssen her!“

Kommunen mehr beteiligen

Fründt kritisierte aber auch, dass es wenig Beteiligung der Kommunen bei der Hessenkasse, dem Schutzschirm oder der Umstellung des kommunalen Finanzausgleichs gab. Und die Verschärfung der Erlasslage habe zu weiteren Belastungen geführt. „Es ist erschreckend, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, dass Kommunalpolitik etwas mit Landespolitik zu tun hat. Das muss sich auch ändern“.



Harald Semler, Hessischer Städte und Gemeindebund, Nancy Faeser, Generalsekretärin SPD, Kirsten Fründt, SGK Hessen e.V.-Vorsitzende, Stephan Grüger, MdL (v.l.n.r.) Foto: SGK Hessen e.V.

proflog

Analyse · Entwicklung · Umsetzung



Foto: pixabay.com

Unsere nächste Themenveranstaltung

07.12.2018 · 13-16 Uhr · MAFINEX-Technologiezentrum Mannheim
Julius-Hatry-Straße 1 · 68163 Mannheim

Digitale Transformation betrifft nicht nur die technischen, sondern nahezu alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Insbesondere ändern sich durch die Digitalisierung die Anforderungen an die MitarbeiterInnen hinsichtlich Qualifikation und Kommunikation. Weitreichende Neuerungen der Organisation werden ebenso erforderlich, wie eine Neuausrichtung der Verwaltung gegenüber den BürgerInnen und der Wirtschaft.

Wie diese umfassende Transformation für Ihre Kommune auszugestalten und umzusetzen ist, lässt sich nicht mit Blaupausen beantworten. Es sind vielmehr individuelle Lösungen gefragt, die alle Handlungsbereiche integrieren.

Wir helfen Ihnen bei der Analyse, der Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung und nicht zuletzt bei Fragen der damit verbundenen Kommunal Finanzen.

proflog verbindet wissenschaftliche Expertise und know-how in Politikberatung mit langjähriger Erfahrung aus der Kommunalverwaltung.

Weitere Information finden Sie unter:
www.proflog.eu

proflog GmbH
Mühlwingertweg 1 · 69242 Mühlhausen
info@proflog.eu

Für ein Hessen von morgen

Nancy Faeser interviewt von Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK Hessen e.V.

Michael Siebel: „Als Herr Schäfer-Gümbel Sie für das Innenministerium als Mitglied des Regierungsteam vorgestellt hat, sagte er, dass Sie die Probleme unserer Städte, Gemeinden und Landkreise aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung kennen. In den Kommunen schätzt man Sie als kompetente, zugewandte Fachfrau, die sich an Problemlösungen orientieren, nicht an politischen Ideologien.“

Wo haben Sie kommunalpolitische Erfahrung sammeln können?

Bereits in der Schule habe ich begonnen, mich politisch zu engagieren. Schließlich wurde ich sogar zur Schulsprecherin gewählt. Kommunalpolitik war schon früh meine Leidenschaft. Deshalb hätte ich auch gerne für die Stadtverordnetenversammlung in Schwalbach am Taunus, meiner Heimatstadt, kandidiert. Das hängt sicherlich auch mit meiner Familie, insbesondere meinem Vater, zusammen, die mich schon früh politisiert hat. Mein Vater war seit 1988 der Bürgermeister von Schwalbach am Taunus, weshalb ich vorerst nicht für die Stadtverordnetenversammlung kandidieren konnte. Also war meine erste Möglichkeit, Erfahrungen als Abgeordnete in einem Kommunalparlament zu sammeln, mein Einzug in den Kreistag des Main-Taunus-Kreises 1993, dem ich seitdem ohne Unterbrechung angehöre. Seit 2006 sitze ich auch in der Stadtverordnetenversammlung von Schwalbach. Somit kann ich auf 25 Jahre Erfahrung als ehrenamtliches Mitglied in kommunalen Parlamenten zurückblicken. Deshalb stammt meine politische Erfahrung aus der Kommunalpolitik.

Sie sprachen letztes bei einer Veranstaltung davon, dass sich etwas am Stil des Umgangs zwischen Landesregierung und Kommunen ändern müsse. Was genau meinen Sie damit?

Grundsätzlich sollten Land und Kommunen sich auf Augenhöhe begegnen. Aktuell werden die Kommunen von der Landesregierung jedoch

nicht als gleichwertiger Partner, dem im Staatsaufbau eine eigene Rolle zugedacht ist, behandelt. Stattdessen werden die Kommunen als untergeordnet angesehen und zu oft für die Finanzierung von Gesetzesvorhaben der Landesregierung herangezogen. Das verletzt den in der hessischen Verfassung vorgeschriebenen Konnexitätsgrundsatz. Als Beispiel kann

man hier die Finanzierung der gebührenfreien Kitaplätze für Kinder ab drei Jahren nennen, die faktisch vor allem durch die Kommunen getragen wird, weil der Zuschuss vom Land bei weitem nicht ausreicht. Die Teilnahme an diesem Projekt ist für die Kommunen freiwillig, um eine Verletzung des Konnexitätsgrundsatzes zu verhindern. So sorgt man weder für die flächendeckende Verfügbarkeit von kostenfreien Kitaplätzen, noch zeugt es von Beachtung der finanziellen Unabhängigkeit der Kommunen. Auch bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum und anderen Infrastrukturprojekten werden die Kommunen oft alleingelassen. Dieses Ober-/Unterverhältnis muss endlich durch vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe ersetzt werden. Darüber hinaus müssen den Kommunen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die SGK Hessen kritisiert seit Jahren, dass die Landesregierung die Kommunen finanziell ausbluten lässt. Was werden Sie in Regierungsverantwortung ändern?

An erster Stelle werden wir keine Gesetze mehr verabschieden, wenn diese die Finanzen der Kommunen belasten, ohne deren Finanzlage zu berücksichtigen. Das ist bei der aktuellen Landesregierung bei vielen Gesetzesvorhaben vorgekommen. Mit einer SPD-geführten Landesregierung wird das Prinzip der Konnexität wieder gelten und das Ausbluten der Kommunen durch die Landesregierung enden. Auch hier kann die Kinderbetreuung beispielhaft herbeigezogen werden. Wir wollen den Kommunen 82,5 Prozent aller Personalkosten für die Kindertagesstätten erstatten. Über die damit freigesetzten Mittel können die Kommunen selbst entscheiden. Das sorgt für eine Entspannung der Finanzlage aller Kommunen. Bei jeder Gesetzgebung des Landes, die Auswirkungen auf die Kommunen hat, muss die Finanzierung mit bedacht werden. Ansonsten können die Kommunen ihre wichtigen Aufgaben für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht mehr leisten.

Die SPD vertritt im Landtagswahlkampf drei Themenschwerpunkte: Wohnen, Mobilität und Bildung. Was heißt das für den kommunalen Wohnungsbau, die Schulträger und die Mobilität im ländlichen Raum?

Wir sehen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum als eines der aktuellen Kernprobleme, deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung den kommunalen Wohnungsbau finanziell unterstützen. Für uns ist auch klar, dass die nötige Modernisierung der Schulen nur mithilfe von erhöhten Investitionen durch das Land gestemmt werden kann, wodurch die Schulträger finanziell entlastet werden. Für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land ist eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr unerlässlich. Neben der Reaktivierung und Sanierung alter Bahnstrecken und einem verlässlichen Busangebot streben wir auch den Ausbau von alternativen Konzepten wie Anruf-Sammel-Taxis, Anruf-Linien-Taxis und Rufbussen an. Auch von unserem Vorhaben, durch Mehrinvestitionen von über 100 Millionen Euro pro Jahr in die Straßennetze die Verkehrssituation deutlich zu verbessern, wird die Mobilität auf dem Land erheblich profitieren.

Porträt Nancy Faeser

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2003, Seit 2009 stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion war u.a. Obfrau im Untersuchungsausschuss zu den NSU-Morden seit 2013 Mitglied des Landesvorstands der SPD Hessen seit 2014 Generalsekretärin der SPD Hessen seit 2015 stellv. Vorsitzende der SPD Main-Taunus



Nancy Faeser soll für die SPD Hessen die Ministerin des Inneren und für Sport werden.

Foto: Nancy-Faeser.de